

Kantonale Unterstützungsleistungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich: 2025

(Erhebungszeitraum 27.11. – 17.12.2025, alle Kantone haben geantwortet)

Die Erhebung der kantonalen Unterstützungsleistungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich durch die SODK erfolgt seit 2012 regelmässig. Zu den Unterstützungsleistungen zählen: Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL), Wohnungskosten inkl. Nebenkosten, KVG-Prämien (Selbstbehalte, Franchisen, IPV), Situationsbedingte Leistungen (SIL) sowie Integrationszulagen. Erfasst werden bei der Erhebung einzig die Höhe des GBL. Für die Erhebung der Daten 2025, welche neu digitalisiert erfolgt, wurden Anpassungen vorgenommen. So wurden etwa Fragen zur Umsetzung der Integrationsagenda weggelassen, da es hierzu ein aktuelles SEM-Monitoring gibt. Andere Fragen wurden neu aufgenommen in Anlehnung an das SKOS-Monitoring zur Sozialhilfe wie etwa die Frage, ob für junge Erwachsene (18-25 Jahre) in Zweck-Wohngemeinschaften ein tieferer Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL) angewendet wird. Neu wird die Bandbreite der Unterstützungsleistungen aufgezeigt, auf Angaben zu den einzelnen Kantonen wird verzichtet. Mit der angepassten Erhebung der Daten 2025, soll auch herausgefunden werden, was funktioniert und wo es für künftige Erhebungen weitere Anpassungen braucht.

Sozialhilfe und Nothilfe gemäss Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG, Stand 12.6.2026; SR 142.31)

Art. 80a Zuständigkeit in den Kantonen

Die Zuweisungskantone gewährleisten die Sozialhilfe oder die Nothilfe für Personen, die sich gestützt auf dieses Gesetz in der Schweiz aufhalten. Für Personen, die keinem Kanton zugewiesen wurden, wird die Nothilfe von dem Kanton gewährt, der für den Vollzug der Wegweisung als zuständig bezeichnet worden ist. Die Kantone können die Erfüllung dieser Aufgaben ganz oder teilweise Dritten übertragen.

Art. 81²⁴⁵ Anspruch auf Sozialhilfeleistungen oder auf Nothilfe

Personen, die sich gestützt auf dieses Gesetz in der Schweiz aufhalten und die ihren Unterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhalten die notwendigen Sozialhilfeleistungen, sofern nicht Dritte auf Grund einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung für sie aufkommen müssen, beziehungsweise auf Ersuchen hin Nothilfe.

Art. 82 Sozialhilfeleistungen und Nothilfe

¹ Für die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen und Nothilfe gilt kantonales Recht. Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid, denen eine Ausreisefrist angesetzt worden ist, werden von der Sozialhilfe ausgeschlossen.

² Während der Dauer eines ausserordentlichen Rechtsmittelverfahrens oder eines Asylverfahrens nach Artikel 111c [Mehrfachgesuch] erhalten Personen nach Absatz 1 und Asylsuchende auf Ersuchen hin Nothilfe. Dies gilt auch, wenn der Vollzug der Wegweisung ausgesetzt wird.

2bis [...]

³ Für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung ist die Unterstützung nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auszurichten. Der Ansatz für die Unterstützung liegt unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung.

3bis [...]

⁴ Die Nothilfe ist nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen an den von den Kantonen oder vom Bund bezeichneten Orten auszurichten. Der Ansatz für die Unterstützung liegt unter dem Ansatz für die Sozialhilfe, die Asylsuchenden und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung ausgerichtet wird.

⁵ Der besonderen Lage von Flüchtlingen und Schutzbedürftigen, die Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung haben, ist bei der Unterstützung Rechnung zu tragen; namentlich soll die berufliche, soziale und kulturelle Integration erleichtert werden.

Asylsozialhilfe:		Sozialhilfe wie einheimischer Bevölkerung:	Nothilfe:
Asylsuchende (N)	vorläufig Aufgenommene Personen (F-VA) Schutzbedürftige ¹ ohne Aufenthaltsbewilligung (SBoA)	Anerkannte Flüchtlinge (B), inkl. Staatenlose Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (F-VAFL) Resettlement-Flüchtlinge (REFL) Schutzbedürftige ¹ mit Aufenthaltsbewilligung (SBmA)	Ausreisepflichtige Weggewiesene
Zu Natural- und Sachleistungen gemäss GBL gemäss SKOS-Warenkorb zählen: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren; Bekleidung und Schuhe; Energieverbrauch (ohne Wohnungskosten); Allgemeine Haushaltsführung; Persönliche Pflege; Verkehrsauslagen (örtlicher Verkehr); Nachrichtenübermittlung, Internet, Radio/TV; Bildung, Freizeit, Sport Unterhaltung (exkl. Finanzierung via Integrationspauschale); übriges.			

¹ Schutzstatus S

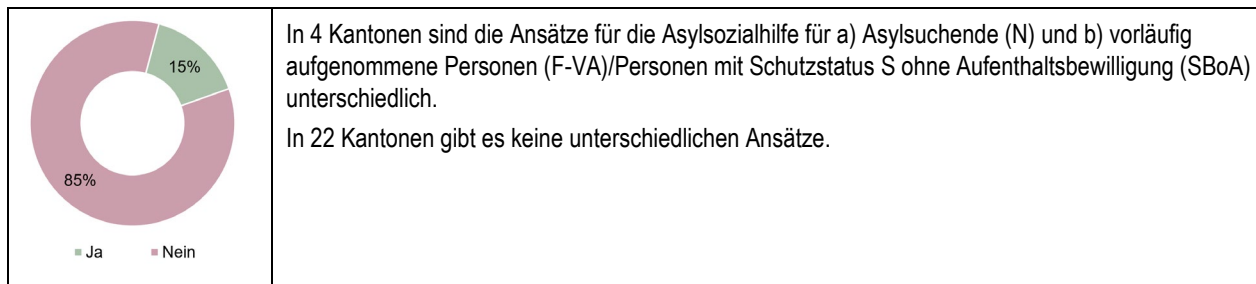
Allgemeine Einstiegsfragen

Zuständigkeit für die Festlegung der Höhe des Grundbedarfs in der Asylsozialhilfe

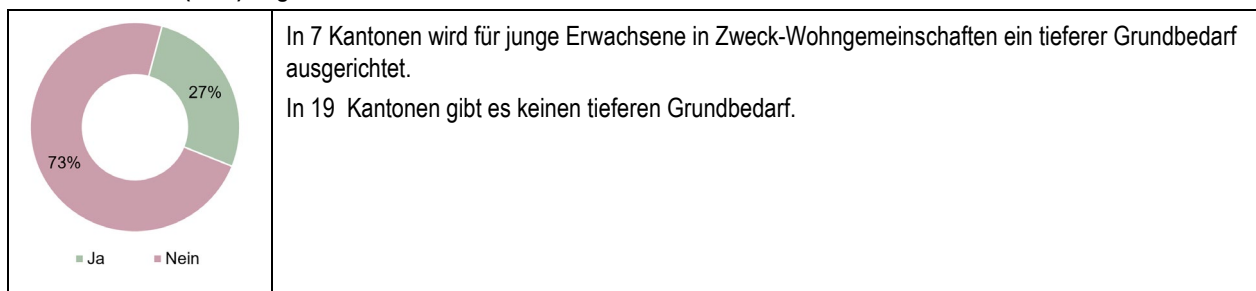
In 24 Kantonen (92%) ist der Kanton zuständig.

In 2 Kantonen (8%) sind die Gemeinden zuständig (siehe Anhang Rechtsgrundlagen zu SG & ZH).

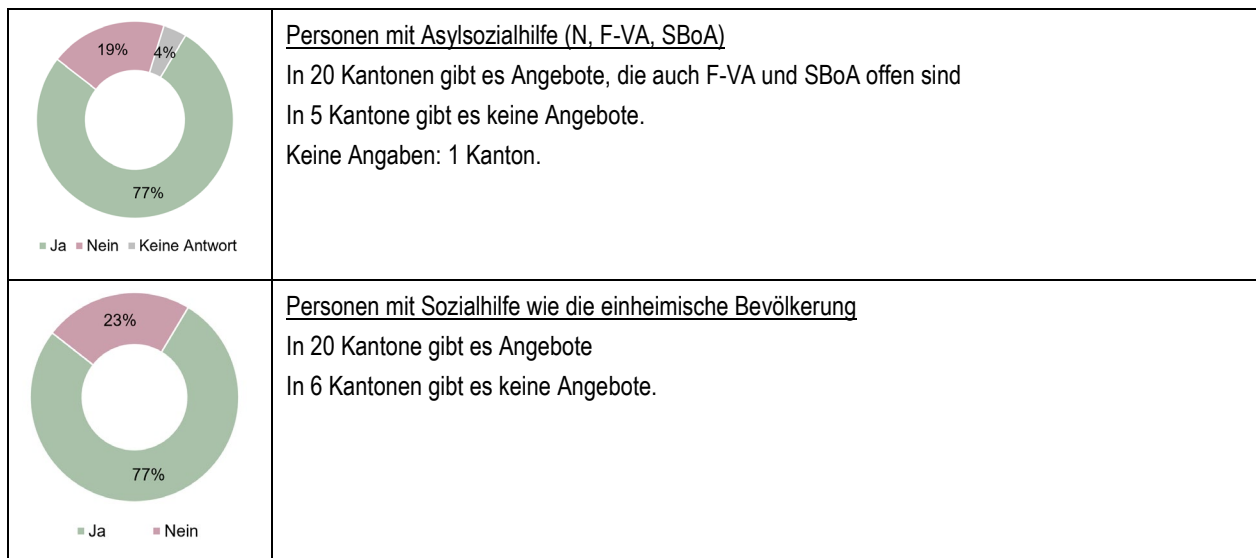
Gibt es unterschiedliche Ansätze beim Grundbedarf für den Lebensunterhalt für a) Asylsuchende und b) vorläufig aufgenommene Personen/Schutzstatus S ohne Aufenthaltsbewilligung?



Wird für junge Erwachsene (18-25 Jahre) in Zweck-Wohngemeinschaften ein tieferer Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL) angewendet²?



Werden gemeinnützige Beschäftigungsprogramme angeboten (ausserhalb Integrationsagenda)?



² Unabhängig davon, ob Asylsozialhilfe oder Sozialhilfe

Grundbedarf Lebensunterhalt (GBL): Wie hoch ist der monatliche Betrag der Asylsozialhilfe 2025?

Der Bundesgesetzgeber verpflichtet die Kantone, Unterstützungsleistungen für Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsrecht nach Möglichkeiten in Form von Sachleistungen auszurichten. Auch muss der Ansatz für die Unterstützung unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung liegen (AsylG Art. 82, Abs. 3). Dies hat zur Folge, dass die SKOS-Richtlinien zur Bemessung der Sozialhilfe, an denen sich die Kantone bei der Entrichtung von Sozialhilfe für Einheimische orientieren, keine direkte Anwendung finden. Der Bundesgesetzgeber definiert nicht, wieviel tiefer dieser Ansatz sein muss. Diese Situation führte dazu, dass die Kantone im Rahmen ihrer politischen Prozesse – teilweise unter Einbezug der Parlamente und in seltenen Fällen sogar der Stimmbevölkerung – die effektiven Geldauszahlungen für diese Personengruppen festsetzen mussten.

Weil die Geldleistungen zur Sicherung des Grundbedarfs (Nahrung, Kleidung, Hygiene, Energieverbrauch – ohne Wohnnebenkosten –, Verkehrsauslagen, Nachrichtenübermittlung, Internet, Radio/TV, Bildung, Freizeitaktivitäten, Sport) tiefer ausfallen müssen als der Grundbedarf für die einheimische Bevölkerung, entrichten alle Kantone nebst diesen Pauschalbeiträgen für den Grundbedarf zusätzliche situationsbedingte Leistungen – in der Regel nach Prüfung des individuellen Bedarfs. Einige Kantone verfolgen darüber hinaus eine Anreizpolitik, wie sie in den SKOS-Richtlinien für alle Sozialhilfebeziehenden empfohlen wird: Sie gewähren Integrationszulagen, wenn sich jemand an einem Beschäftigungsprogramm oder an einer Integrationsmassnahme beteiligt (z. B. Sprachkurs).

Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, die Leistungen der Kantone untereinander zu vergleichen: Anders als bei der einheimischen Bevölkerung, bei denen sich die Kantone an der Systematik der SKOS-Richtlinien orientieren, unterscheiden sich die Systeme der Abgeltungen bei Schutzsuchenden (sowie vorläufig Aufgenommenen und Asylsuchenden) von einem Kanton zum andern erheblich. Grundsätzlich zeigt sich, dass insbesondere Kantone mit niedrigen Pauschalbeiträgen für den Grundbedarf häufig zusätzliche Bedarfsleistungen ausrichten – entweder in Geld- oder auch in Sachleistungen.

Die Auswertung umfasst: Asylsuchende (N), vorläufig Aufgenommene Personen (F-VA) und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung (SBoA). Auf die Auswertung «anderer Unterbringung» wird verzichtet, da Angaben zu unterschiedlich. Die Ausrichtung des GBL kann, muss aber nicht, abhängig von der Art der Unterbringung sein (d.h. ob in Kollektivstrukturen oder in Individualunterkunft). Ebenso richten einige Kantone einen Teil des GBL nicht mit Geldleistungen, sondern mit Natural- und Sachleistungen aus (siehe dazu auf Seite 1 GBL gemäss SKOS-Warenkorb).

Keine unterschiedliche Ausrichtung nach Unterbringungsart, keine Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen:

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
6 Kantone: Für alle Unterbringungsarten (N, F-VA & SBoA)	360.00	532.00
2 Kantone: Für alle Unterbringungsarten (N)	360.00	600.00
2 Kantone: Für alle Unterbringungsarten (F-VA & SBoA)	405.00	848.00

Keine unterschiedliche Ausrichtung nach Unterbringungsart, Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen:

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
3 Kantone: Für alle Unterbringungsarten (N, F-VA & SBoA)	484.00	488.00

Unterschiedliche Ausrichtung nach Unterbringungsart, keine Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen:

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
4 Kantone: Kollektivunterkunft (N, F-VA & SBoA)	310.00	693.00
4 Kantone: Kollektivunterkunft (N, F-VA & SBoA)	378.00	393.45
4 Kantone: Individualunterkunft (N, F-VA & SBoA)	484.00	743.00
2 Kantone: Individualunterkunft (N)	465.15	459.00
2 Kantone: Individualunterkunft (F-VA & SBoA)	459.00	703.05

Unterschiedliche Ausrichtung nach Unterbringungsart, Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
9 Kantone: Kollektivunterkunft (N, F-VA & SBoA)*	103.00	500.00
9 Kantone: Individualunterkunft (N, F-VA & SBoA)	345.00	717.00

* ein Kanton richtet ausschliesslich Sachleistungen aus, je nach Situation werden Beträge für Kleider, Hygiene, Taschengeld ausbezahlt.

Wird der GBL ab der zweiten Person degressiv ausgestaltet (N, F-VA & SBoA)?

Bei der Erhebung wurde innerhalb unterschieden, ob in Kollektiv- oder Individualunterkunft oder ob degressive Ausgestaltung unabhängig von der Unterbringungsart erfolgt. Da die Frage nicht von allen Kantonen beantwortet wurde, ist eine Auswertung nicht möglich. Von der Tendenz her lässt sich einzig sagen, dass etwa 50% der Kantone ein degressives Modell kennen.

Art der Auszahlung nach Unterbringungsart?

In den Kollektivunterkünften überwiegt die Barauszahlung, sofern ein Konto vorhanden, finden auch Postkonto / Banküberweisung statt; vereinzelt werden Bezahlkarten eingesetzt. In Individualunterkünften überwiegt die Auszahlung via Postkonto / Bankkonto.

Grundbedarf Lebensunterhalt (GBL): Wie hoch ist der monatliche Betrag der Sozialhilfe nach einheimischer Bevölkerung 2025?

Die Auswertung umfasst: Anerkannte Flüchtlinge (B), inkl. Staatenlose; Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (F-VAFL); Resettlement-Flüchtlinge (REFL) und Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung (SBmA). Auf die Auswertung «anderen Unterbringung» wird verzichtet, da Angaben zu unterschiedlich.

Höhe des Grundbedarfs Lebensunterhalt für Einpersonenhaushalte – Empfehlungen SODK Übernahme CHF 1'061.- vom 1.1.25 bis spätestens 1.1.26 siehe auch [Übersicht der SKOS](#) (Stand 1.4.2026). Der GBL wird gemäss SKOS-Empfehlung ab der zweiten Person degressiv ausgerichtet.

Keine unterschiedliche Ausrichtung nach Unterbringungsart:

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
13 Kantone: Für alle Unterbringungsarten*	1031.00	1138.00

* 10 Kantone richten CHF 1'061.- aus, 2 Kantone richten CHF 1'031.- aus; 2 Kantone richten je nach Situation Natural- und Sachleistungen aus.

Unterschiedliche Ausrichtung nach Unterbringungsart, keine Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen:

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
6 Kantone: Kollektivunterkunft	378.00	1061.00
6 Kantone: Individualunterkunft	1031.00	1061.00

Unterschiedliche Ausrichtung nach Unterbringungsart, Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
7 Kantone: Kollektivunterkunft	257.00	599.00
7 Kantone: Individualunterkunft *	825.00	1031.00

* 1 Kanton Abzüge bei Mehrpersonenhaushalte für allgemeine Kosten, Karte für Tischlein Deck Dich von Caritas

Art der Auszahlung?

Unabhängig davon, ob noch Unterbringung in Kollektivunterkunft oder in Individualunterkunft erfolgt die Auszahlung in allen Kantonen in der Regel via Postkonto / Banküberweisung. Barauszahlung kann aus diversen Gründen im Einzelfall erfolgen.

Ausrichtung Nothilfe für ausreisepflichtig Weggewiesene 2025 (auf Monat hochgerechnet)

Bei ausreisepflichtig Weggewiesenen in der Nothilfe entfällt die Frage zur Art der Unterbringung, da in der Regel nur Kollektivunterbringung in Ausreisezentren / Nothilfestrukturen. In 10 Kantonen wird die Nothilfe ab der zweiten Person degressiv ausgestaltet.

Nothilfe ohne Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen:

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
12 Kantone: Für alle Unterbringungsarten pro Monat	240.00	371.00

Nothilfe mit Ausrichtung von Natural- und Sachleistungen:

1-Personenhaushalt CHF	Min.	Max.
14 Kantone: Für alle Unterbringungsarten pro Monat *	224.00	391.00

Hinweis: Oft wird die Nothilfe pro Tag ausbezahlt und nur wenn in Nothilfestruktur/Ausreisezentrum übernachtet wird (Anwesenheitsnachweis). Der höhere Maximalbeitrag in dieser Erfassung rührt daher, dass in einigen Kantonen auch ein Nothilfeansatz für Unterbringung in Individualunterkunft besteht.

* 1 Kanton richtet nur Natural- und Sachleistungen aus. Höherer Maximalbeitrag

Art der Auszahlung?

In der Mehrheit der Kantone erfolgt eine Barauszahlung. Andere Arten der Auszahlung sind, wenn keine Barauszahlung erfolgt: Naturalien, Gutscheine und Bezahlkarten. In wenigen Fällen und sofern die Person noch ein Postcheck-Konto / Bankkonto hat, kann die Überweisung auf dieses erfolgen.

Allgemeine Hinweise zur Erhebung

Rechtliche Regelung des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt wie die einheimische Bevölkerung oder Nothilfe: In je einem Kanton gibt es dazu (noch) keine gesetzliche Regelung.

Je nach Organisationsform der Kantone ist entweder der Kanton oder sind die Gemeinden für die Ausrichtung der Sozial- und Nothilfe zuständig.

Die Höhe der Auszahlung kann sich je nach Alter und Unterbringungsart leicht unterscheiden: Es gibt Kantone, die Kindern/Jugendliche unter 16 Jahren einen etwas tieferen GBL ausrichten. In Unterkünften, in denen es keine eigenen Kochmöglichkeiten gibt, erhalten die Bewohnenden die Verpflegung als Sachleistung.

In einigen Kantonen ist für das Jahr 2026 (oder später) die Einführung von Bezahlkarten geplant.

Ausrichtung Asylsozialhilfe, Sozialhilfe, Nothilfe:

Rechtsgrundlagen, Weisungen, Richtlinien, Handbücher, Empfehlungen und Leitfäden der Kantone (Stand zwischen 12.2025 und 7.2026)

AG	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention vom 6.3.2001 (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG, Stand 1.4.2024, SAR 851.200) Sozialhilfe- und Präventionsverordnung vom 28.8.2002 (SPV, Stand 1.1.2026, SAR 851.211) Allgemeine Infos zum Asyl- und Flüchtlingswesen: siehe Sozialhilfe und Nothilfe Handbuch Soziales des Kantons Aargau: siehe Kapitel 7.1.1 Grundbedarf für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge; Nothilfe: siehe § 19a ff. SPV
AI	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 29.4.2001 (Sozialhilfegesetz, ShiG, Stand 1.8.2014, GS 850.00) Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe vom 1.10.2001 (ShiV, Stand 24.6.2013, GS 850.010) Anpassung Grundbedarf gemäss Empfehlung SKOS: Beschluss Regierungsrat
AR	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 24.9.2007 (Sozialhilfegesetz, SHG, Stand 1.1.2013, bGS 851.1) Verordnung zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 16.12.2008 (Sozialhilfeverordnung; SHV, Stand 1.1.2016, bGS 851.11) Verordnung des Kantonsrates zum Asylwesen vom 24.9.2007 (KR AsylVo, Stand 30.9.2016, bGS 122.24) Verordnung des Regierungsrates zum Asylwesen vom 11.12.2007 (RR AsylVo, Stand 30.9.2016, bGS 122.241)
BE	Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich vom 3.12.2019 (SAFG, Stand 1.1.2026, BSG 861.1) Verordnung über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich vom 20.5.2020 (SAFV, Stand 1.7.2020, BSG 861.111) Direktionsverordnung über die Sozialhilfe im Asylbereich vom 10.6.2020 (SADV, Stand 1.1.2024, BSG 861.111.1) Ansätze für anerkannte Flüchtlinge: Art. 27, Abs. 2 SAFG in Verbindung mit Art. 8, Abs. 2,3 und 5 der Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe vom 24.10.2001 (Sozialhilfeverordnung, SHV, Stand 1.1.2026, BSG 860.111) Nothilfe: Art. 9 Abs. 2 der Einführungsverordnung zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz vom 20.5.2020 (EV AIG und AsylG, Stand 1.2.2024, BSG 122.201)
BL	Gesetz über die Sozial- und die Jugendhilfe vom 21.6.2001 (Sozialhilfegesetz, SHG, Stand 1.1.2025, SGS 850) Sozialhilfeverordnung vom 25.9.2001 (SHV, Stand 1.1.2025, SGS 850.11) Kantonale Asylverordnung vom 16.10.2007 (kAV, Stand 1.1.2025, SGS 850.19)
BS	Sozialhilfegesetz vom 29.6.2000 (Stand 1.1.2021, SG 890.100) Unterstützungsrichtlinien des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt (jährliche Anpassung)
FR	Loi sur l'aide sociale du 9.10.2024 (LASoc, version entrée en vigueur le 01.01.2026, RSF 831.0.1) Ordonnance fixant les normes de calcul de l'aide matérielle de la loi sur l'aide sociale du 2.5.2006 (version entrée en vigueur le 01.01.2025, RSF 831.0.12) Normes d'aide sociale pour les personnes relevant du domaine de l'asile (Entrée en vigueur : 1er janvier 2024)
GE	Loi sur l'aide sociale et la lutte contre la précarité du 23 juin 2023 (LASLP, entrée en vigueur 1^{er} janvier 2025, rsGE J 4 04) Règlement d'application de la loi sur l'aide sociale et la lutte contre la précarité du 17 avril 2024 (RASLP, entrée en vigueur 1^{er} janvier 2025, rsGE J 4 04.01) Directives cantonales en matière de prestations d'aide sociale et financière aux requérants d'asile et statuts assimilés du département de la solidarité et de l'emploi (Entrée en vigueur : 1er janvier 2011)
GL	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 7.5.1995 (Sozialhilfegesetz; SHG, Stand 1.1.2025, VII E/21/3) Verordnung über die wirtschaftliche Hilfe und den Zugang zum Arbeitsmarkt im Asyl- und Flüchtlingsbereich vom 20.9.2016 (Asyl- und Flüchtlingsverordnung, AFV, Stand 1.1.2026, GS VII E/21/4) Verordnung über die reduzierte Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich vom 12.12.2025 (Asylsozialhilfeverordnung, AsylSHV, Stand 1.1.2026, GS VII E/21/4/1) Verordnung über die Bemessung der wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Hilfe in Notlagen in Ausnahme der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe vom 19.5.2022 (Sozialhilfeverordnung, SHV, Stand 1.3.2026, GS VIII E/21/5)
GR	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe im Kanton Graubünden vom 7.12.1986 (Sozialhilfegesetz, Stand 1.1.2016, BR 546.100) Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger vom 3.12.1978 (Kantonales Unterstützungsgesetz, UG, Stand 1.1.2025, BR 546.250) Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Unterstützungsgesetz vom 8.11.2005 (ABzUG, Stand 1.2.2026, BR 546.270) Weisungen und Handlungsrichtlinien zur Unterstützung und Betreuung von Personen des Asylbereichs des Amt für Migration und Zivilrecht Graubünden (01.01.2025) Finanzielle Unterstützung Migration, Kantonales Sozialamt

JU	Loi sur l'action sociale du 15 décembre 2000 (LASoc, 850.1) Arrêté fixant les normes applicables en matière d'aide sociale du 8 novembre 2005 (850.111.1)
LU	Sozialhilfegesetz vom 16.3.2015 (SHG, Stand 1.1.2024, SRL 892) Kantonale Asylverordnung vom 24.11.2015 (KAsylV, Stand 1.1.2026, SRL 892b)
NE	Loi sur l'action sociale du 25 juin 1996 (LASoc, 8 Etat au 1 ^{er} janvier 2026, 31.0) Règlement d'exécution de la loi sur l'action sociale du 27 novembre 1996 (RELASoc, Etat au 27 mai 2025, 831.01) Arrêté fixant les normes pour le calcul de l'aide matérielle du 4 novembre 1998 (ANCAM, Etat au 1 ^{er} avril 2026, 831.02) Arrêté fixant les normes pour le calcul de l'aide matérielle versée aux demandeurs d'asile et personnes admises provisoirement du 29 janvier 2007 (Etat au 1 ^{er} mars 2026, 831.03)
NW	Gesetz über die Sozialhilfe vom 22.10.2014 (Sozialhilfegesetz, SHG, Stand 1.4.2025, NG 761.1) Verordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 16.12.2014 (Sozialhilfeverordnung, SHV, Stand 1.1.2026, NG 761.11) Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz und zum Asylgesetz vom 25.06.2008 (EG zum Ausländerrecht, Stand 1.4.2025, NG 122.2) Verordnung zum Einführungsgesetz zum Ausländerrecht vom 02.09.2008 (Ausländerverordnung, AusV, Stand 1.4.2025, NG 122.21)
OW	Sozialhilfegesetz vom 23.10.1983 (SHG, Stand 08.04.2017, GDB 870.1) Sozialhilfeverordnung vom 10.11.1983 (SHV, Stand 1.1.2013, GBD 870.11) Ausführungsbestimmungen über die wirtschaftliche Sozialhilfe für Asylsuchende, Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig aufgenommene Personen in Bundeszuständigkeit vom 6.5.2024 (Stand 1.7.2024, GBD 113.213)
SG	Sozialhilfegesetz vom 27.09.1998 (SHG, Stand 01.03.2026, sGS 381.1) Asylverordnung vom 02.07.2019 (Stand 01.06.2020, sGS 381.12) Im Kanton St. Gallen sind für die Ausrichtung der Sozialhilfe von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich die Gemeinden zuständig. Die Unterstützungsleistungen richtet sich nach den Empfehlungen des Trägervereins Integrationsprojekte St. Gallen (TISG) oder der St. Gallischen Konferenz für Sozialhilfrecht (KOS). Die Ansätze werden durch die Generalversammlung des Verbands der St. Galler Gemeindepräsidenten (VSGP) genehmigt und sind im Handbuch SKOS St. Gallen (KOS TISG) aufgeführt. Die Richtlinien für das Flüchtlings- und Asylwesen werden vom VSGP erlassen.
SH	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und soziale Einrichtungen vom 28.10.2013 (SHEG, Stand 1.7.2018, SHR 850.100) Beschluss über die Genehmigung der Änderungen beim Grundbedarf für den Lebensunterhalt gemäss Art. 25 Abs. 3 des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe und soziale Einrichtungen vom 16.12.2024 (SHEG, Stand 1.1.2025, SHR 850.110) Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe und soziale Einrichtungen vom 18.2.2014 (SHEV, Stand 1.7.2018, SHR 850.111) Vom 18.02.2014 (Stand 01.07.2018) Schaffhauser Richtlinien für die Bemessung der Asylsozialhilfe und Nothilfe Betrifft Asylsuchende (AS), vorläufig aufgenommene Ausländer/innen (VAA-7), Personen mit Schutzstatus S und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung (NEE, DEF) gültig ab: 01.01.2026
SO	Sozialgesetz vom 31.1.2007 (SG, Stand 1.1.2026, BGS 831.1) Sozialverordnung vom 29.10.2007 (SV, Stand 1.4.2026, BGS 831.2) Richtlinien zur Bemessung der Sozialhilfe für asyl- und schutzsuchende und vorläufig aufgenommene Personen (RRB 2023/155 vom 31. Januar 2023). Richtlinien über die Nothilfe an Personen mit rechtskräftigem Nichteintretens- oder Abweisungsentscheid und Wegweisungsentscheid nach Asylgesetzgebung ; Anpassung von Ziffer 3.9, Buchstabe a der Richtlinien (Änderung RRB Nr. 2007/2002 vom 27. November 2007 mit RRB 2013/1224 vom 24. Juni 2013)
SZ	Gesetz über die Sozialhilfe vom 18.5.1983 (ShG, 380.100) Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 30. Oktober 1984 (Sozialhilfeverordnung, ShV, 380.111) Kantonales Gesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz vom 21. Mai 2008 (Migrationsgesetz, MigG, 111.200) Verordnung zum Migrationsgesetz vom 2. Dezember 2008 (Migrationsverordnung, MigV, 111.211)
TG	Sozialhilfegesetz vom 29.3.1984 (SHG, Stand 1.4.2023, RB 850.1) Sozialhilfeverordnung vom 15.10.1985 (SHV, Stand 1.1.2026, RB 850.11) Leitfaden Asyl : trifft Empfehlungen für die Gemeinden. Kantonale Nothilfestrategie (KNS): Umgang mit ausreisepflichtigen Personen aus dem Asylbereich im Kanton Thurgau vom 6. Januar 2021 (kantonalen Sozialamt und kantonalen Migrationsamt)
TI	Legge sull'assistenza sociale dell'8 marzo 1971 (Las, modifica del 21 aprile 2026, 871.100) Regolamento sull'assistenza sociale del 18 febbraio 2003 (stato 3 marzo 2023., 871.110)

	Regolamento sull'aiuto sociale in materia d'asilo (RASMA) del 13 maggio 2026 (stato 1° luglio 2026, 871.120) Direttive riguardanti gli importi delle prestazioni assistenziali per il 2026 del 13 dicembre 2025: Dipartimento della sanità e della socialità Regolamento concernente le prestazioni assistenziali per i richiedenti l'asilo, le persone bisognose di protezione non titolari di un permesso di dimora, le persone provvisoriamente ammesse e le persone la cui domanda d'asilo è stata rigettata e che devono lasciare il territorio svizzero (del 23 gennaio 2007, 143.310)
UR	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 28.9.1997 (Sozialhilfegesetz, Stand 11.11.2023, RB 20.3421) Reglement zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration und zum Asylgesetz vom 26.11.2019 (Stand 01.03.2025, RB 1.4221) Weder das Handbuch «Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene» noch die Weisungen zum Asylansatz respektive Grundbedarf für Flüchtlinge konnten online gefunden werden [abgerufen 29.7.2026]
VD	Loi sur l'action sociale vaudoise du 2 décembre 2023 (LASV, BLV 850.051) Règlement d'application de la loi du 2 décembre 2003 sur l'action sociale vaudoise (RLASV, BLV 850.051.1) Loi sur l'aide aux requérants d'asile et à certaines catégories d'étrangers du 7.3.2006 (LARA, BLV 142.21) Règlement d'application de la loi du 7 mars 2006 sur l'aide aux requérants d'asile et à certaines catégories d'étrangers du 29.9.2021 (RLARA, BLV 142.21.1)
VS	Loi sur l'intégration et l'aide sociale du 10.09.2020 (LIAS, état 1.1.2022, RS 850.1) Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe vom 10.09.2020 (GES, Stand 1.1.2022, SGS 850.1) Ordonnance sur l'intégration et l'aide sociale du 21.04.2021 (OLIAS, état 1.10.2024, RS 850.100) Verordnung über die Eingliederung und die Sozialhilfe vom 21.04.2021 (VES, Stand 01.10.2024, SGS 850.100) Directive d'application de la loi sur l'intégration et l'aide sociale du 1^{er} janvier 2026 Weisung zur Anwendung des Gesetzes über die Eingliederung und die Sozialhilfe vom 1. Januar 2026 Directives d'application de l'aide sociale, financière et d'urgence accordée aux personnes relevant du domaine de l'asile et attribuées au canton du Valais du 19 mai 2020 Richtlinien für die Anwendung der Sozial-, Finanz- und Nothilfe für dem Kanton Wallis zugewiesene Personen aus dem Asylbereich vom 19. Mai 2020 plus d'informations / weitere Informationen: Office de l'asile (OASI), Amt für Asylwesen (AfAw)
ZG	Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug vom 16. Dezember 1982 (Sozialhilfegesetz, SHG, Stand 1.1.2024, BGS 861.4) Verordnung zum Sozialhilfegesetz vom 20. Dezember 1983 (Sozialhilfeverordnung, Stand 1.1.2024, BGS 861.41) Verordnung betreffend Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich vom 27. Januar 2009 (Stand 1. April 2026, BGS 861.42) Richtlinie betreffend Unterstützungsleistungen für Personen aus dem Asylbereich ohne Aufenthaltsbewilligung vom 21. September 2022 (Unterstützungsrichtlinie, Stand 1.4.2026, BGS 861.422)
ZH	Sozialhilfegesetz vom 14.6.1981 (SHG, Stand 1.1.2024, LS 851.1) Verordnung zum Sozialhilfegesetz vom 21. Oktober 1981 (SHV, Stand 1.1.2026, LS 851.11) Asylfürsorgeverordnung vom 25.5.2005 (AfV, Stand 1.1.2025, LS 851.13) Verordnung über die Gewährung von Nothilfe an Personen ohne Aufenthaltsrecht vom 24.10.2007 (Nothilfeverordnung, Stand 9.4.2020, LS 851.14) Weitere Informationen zur Asylfürsorge Kantone Zürich (siehe Handbuch; nicht publiziert Unterstützungsrichtlinien in kantonalen Unterkünften respektive kantonalen Rückkehrzentren). Für Personen in Gemeindezuständigkeit gibt es vom Kanton keine Vorgaben, siehe jedoch: «Empfehlungen der Sozialkonferenz Kanton Zürich: Geldleistungen/Unterstützungsleistungen für Vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer (VA-A) mit Aufenthaltsstatus F, Schutzbedürftige mit Status S, Asylsuchende (AS) mit Aufenthaltsstatus N (Version Nr. 2-2025 vom 11. Juni 2025, gültig ab 1. Juli 2025)»